

Internationale Nachrichten

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **182 (2016)**

Heft 8

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Frankreich/Italien

Update der ASTER Flugabwehrrakete

Die als «Anti-Alles-Rakete» geltende Flugabwehrrakete ASTER 30 aus europäischer Koproduktion von THALES und MBDA Missile Systems, wird bis 2023 unter dem Projektnamen ASTER 30 Block 1 NT generalüberholt. An der jährlichen Rüstungsmesse EUROSATORY haben am 14. Juni der französische Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian und seine italienische Amtskollegin Roberta Pinotti ein entsprechendes Übereinkommen in Paris unterzeichnet. Damit wird die Reichweite der Rakete von derzeit ca. 100 km auf etwa



ASTER 30 SAMP/T Wurfersystem beim Abschuss.

Bild: MBDA Missile Systems

1000 km vergrössert. Dereinst vom landgestützten Werfer des Typs SAMP/T oder auch schiffsbasiert, soll die Rakete unter anderem ihren Teil zum NATO-Schutzschild gegen die ballistische Raketenbedrohung beitragen. Das mache

das System gemäss dem CEO der MBDA, Antoine Bouvier zum anspruchsvollsten (europäischen) taktischen Raketenabwehrprogramm. Damit wird ASTER zu einem noch universelleren mobilen Flugabwehrsystem, welches einzeln oder

im Verbund (im Abwehrnetzwerk mit weiteren Systemen oder Radarstationen) zum Schutz von kritischer Infrastruktur oder ganzen Truppenkörpern gegen alle Arten von Raketen und Flugkörpern eingesetzt werden kann.

Russland

Konsolidierung des Status Quo

Um seine Kampffähigkeit aufrecht zu erhalten, wird Russland dieses Jahr insgesamt etwa 2000 Manöver durchführen. Verteidigungsminister Sergei Shoigu erklärte anfangs Juni, dass für all diese Übungen die in Syrien gemachten Erkenntnisse direkt in die Ausbildung und das Training der taktischen Kampfverbände einfließen werden. Trotz der vom Westen verhängten Wirtschaftssanktionen müsste (gerade deshalb) weiter aufgerüstet werden. So werden Aufklärungs- und Sonderoperationseinheiten mit dem neuen minengeschützten TAI FUN 6x6 Fahrzeug aus den Werkstätten von Ural und KaMAZ beliefert. Ebenfalls wurde mit der Auslieferung des sechsten und letzten U-Boots der Kilo-Klasse die konventionelle Schlagkraft der Pazifikflotte sichergestellt. Auch für den Luftpolizeidienst über der baltischen See hält Shoigu neue Anordnungen bereit: ein mass-

geschneidertes System an vertrauensbildenden Massnahmen soll die Flugsicherheit verbessern. Denn, die NATO wirft den Russen regelmässige Luftraumverletzungen, das Ausschalten der Transponder sowie gefährliche Flugmanöver (wie zuletzt im April der 15 Meter Vorbeiflug einer SU-24 am Raketenzerstörer USS Donald Cook) vor. Im Gegenzug erklärte Vladimir Putin vor dem Russland-NATO-Gipfel Mitte Juli, dass NATO-Flug-

zeuge etwa doppelt so oft ohne Transponder über russischem Gebiet fliegen würden. Doch zuvor wurde er via seinem Verteidigungsminister konkret und befahl nach einer einmonatigen Inspektion der Baltischen Flotte, diese einerseits mit einem zusätzlichen Armeekorps zu verstärken und andererseits deren Kommandant Admiral Viktor Kravchuk mitsamt Stabschef und 50 weiteren Offizieren seinem Kommando zu entheben. Neuer

Kommandeur der Baltischen Flotte ist der gebürtige Ukrainer Admiral Sergey Yeliseyev. Dieser lief 2014 im Zuge der Krim-Annexion zu Russland über und ist seither in seiner Heimat wegen Landesverrat, Fahnenflucht und weiteren Delikten zur Verhaftung ausgeschrieben. Russland konnte seinen Einfluss auch in der Arktis konsolidieren, die Militärbasen in Novaya Zemlya und Severnaya Zemlya sowie Franz-Josef-Land und auf der Wrangel Insel sind fertiggestellt und werden bis Ende Jahr der Truppe übergeben. Und nach einem unangekündigten Besuch in Damaskus beim syrischen Präsidenten Assad Mitte Juni, versprach Shoigu weitere Verstärkung. Um die militärische Zusammenarbeit und den gemeinsamen Kampf gegen terroristische Gruppierungen zu intensivieren, so der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konashenkov, wird Russland die Admiral Kuzetnov (grösster Flugzeugträger) bis Herbst ins östliche Mittelmeer verlegen.



General Shoigu (Mitte) auf Truppenbesuch in Syrien.

Bild: Russisches Verteidigungsministerium

Vereinigtes Königreich

BREXIT und seine Sicherheitspolitischen Konsequenzen

Nach dem demokratischen Entscheid die EU zu verlassen, könnte auch die kontinental-europäische Sicherheitspolitik in Mitleidenschaft geraten. Bereits warnte NATO-Generalsekretär Stoltenberg, dass die Rolle Grossbritanniens in der Terrorismusabwehr innerhalb der EU äusserst wichtig sei und nach dem BREXIT in Frage gestellt ist.

Fast alle europäischen Rüstungsunternehmen führen in den Tagen vor und nach dem Referendum massive Verluste ein, welche teilweise wieder kompensiert werden konnten. Multinationale Waffenschmieden wie AIRBUS (A-400M), BAE Systems (schottische Schiffswerften), Finmeccanica/Leonardo (Agusta Westland), uvm. fürchten einen Dominoeffekt auf den gesamten Sektor. Dabei geht es um die britischen Ambitionen in Afghanistan und im Kampf gegen den Islamischen Staat, aber auch die Rolle der EU in einem durch Russland geprägten sicherheitspolitisch ungewissen Umfeld. Als einziges europäisches Land im «Five Eyes» Kollektiv (die nachrichtendienstliche Allianz von USA, Kanada, Neuseeland, Australien und dem Vereinigten Königreich) wusste London um die Ab- und Ansichten der

Amerikaner Bescheid. Damit verfügte die angelsächsische Welt auch über direkten Einfluss in Europa. Nicht erstaunlich, dass bereits am Tag nach dem BREXIT massive Aufrüstungspläne aus Deutschland zu vernehmen waren.

Insofern scheint es möglich, dass die EU ihre militärischen Ambitionen neu, und damit eigenständiger definieren könnte. Wie sich die Briten in einem solchen (neuen) Machtgefüge zurecht finden, ist derzeit nicht absehbar. Aber, während die nukleare Abschreckung der Briten in Schottland ankert, nämlich die derzeit unter Generalerneuerung stehende königliche Atom-U-Bootflotte, ist es fraglich, ob diese Stationierung nach einem möglichen Ausscheiden der Schotten aufrechterhalten bleibt. So basiert die gesamte britische sicherheitspolitische Strategie auf dem 2015 verfassten, knapp 30 Mia. Pfund an Investitionen umfassenden «Strategischen Verteidigungs- und Sicherheitsbericht» und damit auf dem Status quo ante. Den nachhaltigsten Effekt auf die Rüstungspolitik wird aber wohl der Verfall des Pfund Sterlings haben. Denn sollte es zu einer (von Finanzexperten angekündigten) Langzeit-Rezession kommen, werden automatisch weniger Mittel für die Verteidigung des Königreichs bereit stehen.

Israel

Massgeschneiderte F-35I

Mitte Juni wurde in Fort Worth, Texas der erste F-35 LIGHTNING II der Israelischen Luftwaffe (IAF) der Öffentlichkeit präsentiert. Der israelische Verteidigungsminister Avigdor Lieberman meinte schlicht: Israel sei stolz darauf, das erste Land in der Region zu sein, welches den F-35 erhält. Es sei das beste Flugzeug überhaupt und die erste Wahl der militärischen Führung. Damit, so Lieberman, ist es nun für den gesamten Nahen Osten klar, dass Israel seine Abschreckungsfähigkeit auch längerfristig aufrechterhalten kann. Derzeit spricht man von einem zehn Jahre garantierten Exklusivmonopol für Israel. Als erstes nicht NATO-Land beschafft es 33 Exemplare (mit antizipierten Folgeaufträgen bis 75 Stück), welche bis 2021 ausgeliefert werden sollen. Der

IAF Stabschef, Brigadegeneral Tal Kelman, äusserte sich ebenfalls durchwegs positiv über seine neue Flotte, fügte aber hinzu, dass dem F-35I ADIR (hebr. für «mächtig, machtvoll») genannten Flugzeug eigene Cyberabwehrkapazitäten eingebaut werden. Der Produzent Lockheed Martin nimmt darüber hinaus in Kauf, dass sämtliche kritischen Arbeiten am neuen Jet durch israelische Rüstungsunternehmen ausgeführt werden. Das dem F-35 eigene «Autonomic Logistics Information System» wird einem einheimischen Produkt weichen. Auch wird Israel Aerospace Industries eine eigene Command and Control Software einbauen. Gepaart mit von Rafael gelieferten Spice-1000 Präzisionsbomben steht der IAF also ein Tarnkappenjet zur Verfügung, der 500 kg Bomben bis 60 Meilen vom Abschusspunkt entfernt ins Ziel bringen wird.



Israelischer Verteidigungsminister im Cockpit. Bild: Lockheed Martin

Deutschland

Bundeswehr mit sich selbst beschäftigt

Wie berichtet, sind die deutschen AIRBUS A-400M Maschinen von massiven Problemen betroffen. Zwar bestätigte sich nicht, dass die Luftwaffe aus dem A-400-Debakel ganz aussteigen wird. Jedoch ist unterdessen klar, auch die

deutschen Maschinen sind von Triebwerksschäden betroffen. Zwei der drei bereits ausgelieferten Transportflugzeuge wurden infolge Abnutzungen in der «Propeller Gear Box» grounded. Konkret bedeutet dies, dass der einzige verbleibende Flieger infolge des nun nochmals verkürzten Wartungsintervalles auf aussereuro-

päische Flüge verzichten muss und es mittlerweile völlig offen ist, wie viele weitere Flugzeuge noch ausgeliefert werden können. Nebst all den weiteren rüstungs- und budgetbedingten Rückschlägen wird mittlerweile aber auch am «Prinzip der Inneren Führung» gerüttelt. Die als Antwort auf den Kadavergehorsam der Nazizeit

hervorgegangene Umsetzung und Einbettung der im Grundgesetzbuch verankerten Menschenwürde, Gleichheit und demokratischen Grundwerte im Dienstalltag (in der Bundeswehr «Innere Führung» genannt) sei offenbar zum Lippenbekenntnis degeneriert. Der Bürger in Uniform als Soldat humanistischer und auf-

klärerischer Prägung, streng nach dem Modell von General Wolf Graf von Baudissin, hat offenbar bemerkt, dass kritisches Denken der Karriere schadet. Der ehemalige (deutsche) Oberbefehlshaber des NATO Allied Joint Force Command in Brunsum, General a. D. Egon Ramms, stellt ernüchternd fest, dass über die Hälfte der Generalstabs-offiziersanwärter «Ja-Sager» wären. Er meinte, dass «Offiziere als militärische Ratgeber die Pflicht hätten, auch mal unliebsame Tatbestände bei ihren

Vorgesetzten anzusprechen. Aber weil darunter die Laufbahn leidet, passiert das kaum noch». Ramms hält sich dabei kurz und fasst damit zusammen, dass hier ganz einfach die falschen Leute gefördert werden. Diese Entwicklung steht diametral entgegen dem Sinn der Inneren Führung und spült letztendlich die falschen, charakterschwachen und ungeeigneten Personen nach oben, so der General. Kombiniert mit Politikverdrossenheit und Misstrauen gegenüber den militärischen und politischen

Führern führe dies dazu, dass sich Offiziere nur noch um ihre Karriere kümmern, Entscheide aussitzen und vor allem keine Verantwortung mehr übernehmen würden, so ein anonym bleibender Offizier. Generalleutnant a. D. Rainer Glatz, ehemaliger Kommandeur des Einsatzführungskommandos für Auslandsmissionen fügt dem dann noch hinzu, wenn er meint, dass es heute kaum mehr Generale gäbe, welche sich in der Öffentlichkeit selbstbewusst gegenüber der Politik behaupten und die

engen Grenzen des militärischen Handelns aufzeigen würden. Da hilft es auch wenig, wenn Bundeskanzlerin Merkel meldet, die Bundeswehr nun doch noch aufzurüsten und den Wehrhaushalt NATO-kompatibel zu gestalten. Das heisst, bis 2020 sollen Mehrausgaben von vorerst derzeit 34,3 auf 39,2 Mia. Euro ergehen. Um danach von derzeit 1,2% auf die vorgeschriebenen 2% des BIP aufzustocken, wären dann aber zusätzlich noch ca. 60 Mia. Euro (pro Jahr) nötig.

USA

Widerstand gegen den Überwachungsstaat

In den USA soll es Strafverfolgern künftig deutlich leichter gemacht werden, Computer aus der Ferne zu hacken und zu überwachen. Eine entsprechende Regeländerung ist bereits auf den Weg. Doch Widerstand formiert sich.

Es geht um die Änderung der «Rule 41» der sogenannten Federal Rules of Criminal Procedure. Das sind die Regeln, wie in den USA straf-

rechtliche Verfolgungen abgewickelt werden. Bei der kritisierten Änderung geht es demnach darum, Bundesbezirksrichtern zu erlauben, Durchsuchungsbefehle für Computer anzuordnen, die nicht in ihrem Zuständigkeitsgebiet stehen.

Der oberste Gerichtshof der USA hat eine Änderung der «Regel 41» abgesegnet, mit der Richter den Fernzugriff auf Computer erlauben können, auch wenn nicht klar ist, wo diese stehen. Das kann etwa bei der Benutzung des Anonymisierungsdienstes Tor der

Fall sein oder wenn Nutzer über einen VPN-Dienst ins Internet gehen, um ihren Standort zu verschleiern. Weiterhin können Richter Strafverfolgern erlauben, Computer zu hacken, die Teil eines Botnetzes sind. Damit könnten Hunderte oder Tausende Rechner durch den Beschluss eines einzigen Richters für staatlich sanktioniertes Hacking freigegeben werden.

Die Regeländerung liegt nun dem US-Kongress vor und tritt automatisch in Kraft, sollte die-

ser keinen Widerspruch einlegen. Eine Gruppe von Senatoren beider Parteien hat aber genau zu diesem Zweck ein Gesetz eingebracht. Ob es verabschiedet wird, ist unklar, denn in beiden Parteien bestehen Differenzen in Fragen der intrusiven Staatsüberwachung. Unterstützt werden sie jedoch bereits von einer breiten Gruppe aus Bürgerrechtlern und IT-Unternehmen. Dazu gehören etwa Google, PayPal, die American Civil Liberties Union und die Electronic Frontier Foundation.

USA – Saudi Arabien

USA empfangen saudischen Superprinzen

Nach langer Abwesenheit fand wieder einmal ein hochrangiger Besuch Saudi Arabiens in den USA statt. Für viele nichtsaudische Kommentatoren schien das interessanteste Faktum zu sein, dass es eben der Vizekronprinz und nicht der Kronprinz war, der die ausführliche Tour absolvierte und auch von Präsident Barack Obama empfangen wurde. Prompt wurde berichtet, der Kronprinz, Mohammed bin Nayef, sei dem Tode nah. Die Gerüchte, dass



US-Aussenminister John Kerry und Mohammed bin Salman.

es mit seiner Gesundheit nicht zum besten steht, gibt es schon länger.

Wer ist nun dieses Wunderkind aus dem Hause Ibn Saud? Vizekronprinz Mohammed bin Salman ist der neue starke Mann: Nummer zwei in der Thronfolge. Zudem ist er Verteidigungsminister. Als Vorsitzender des Wirtschafts- und Entwicklungsrats ist er auch für die «Vision 2030», die Saudi Arabien ökonomisch auf ganz neue Beine stellen soll, verantwortlich. Und Vizepremier ist er auch noch.

Der gerade mal 30-jährige Mohammed bin Salman hat

in den eineinhalb Jahren, die sein Vater regiert, viel Macht angesammelt. Als Verteidigungsminister kontrolliert er Milliardengeschäfte, den Krieg im Jemen und die neue «Anti-Terror-Allianz», die mehr an die Adresse des Iran als die der sunnitischen Jihadisten weltweit gerichtet ist. Vor allem hat er jedoch das Ohr seines gesundheitlich schwachen Vaters und das Sagen bei Hof.

Mohammed bin Salman ist heute vielleicht der von US-Experten am meisten beobachtete Politiker in Nahost. Das hat aber noch weitere Gründe, denn bis zu seinem Aufstieg zum Vizekronprinzen war er ein völlig unbeschriebenes Blatt. Anders als alle anderen hochrangigen saudischen Prinzen verfügt er über so gut wie keine Auslandserfahrung, etwa im Rahmen eines Studiums. Der US-Besuch diente nun zum gegenseitigen Kennenlernen – es ist ja nicht auszuschliessen, dass der Superprinz

bald einmal auf dem Thron landet.

Doch sein impulsiver Stil stösst nicht überall auf Gegenliebe. In Saudi Arabien verübeln ihm die Menschen eher, dass das ihm zugeschriebene Ölpreis-Dumping zu einem Budgetloch und Sparmassnahmen geführt hat. Die Beziehungen zwischen den USA und Saudi Arabien waren zuletzt auch schwierig. Riad fühlt sich von Washington mehrfach im Stich gelassen: durch die US-Zurückhaltung im Syrien-Krieg, wo die Saudis auf den schnellen Sturz des Assad-Regimes setzten, und noch mehr durch den Atom-Deal mit dem Iran und dessen Rückkehr in das internationale Wirtschaftsgeschehen. Zuletzt gab es auch saudischen Ärger über eine Kongress-Gesetzesvorlage, die US-Gerichten erlauben würde, Saudi Arabien wegen einer immer wieder vermuteten Verwicklung von Offiziellen in die Anschläge von 9/11 zu verfolgen.

Neuseeland

Interesse an Antarktis

Die Regierung von Neuseeland hat das sogenannte Verteidigungs-Weissbuch, die Gesetzesvorlage für den Verteidigungsetat für die nächsten 15 Jahre vorgelegt, der 14 Milliarden US-Dollar betragen soll. Wie der neuseeländische Verteidigungsminister Gerry Brownlee sagte, sollen die im Entwurf vorgesehenen Massnahmen den Streitkräften des Landes ermöglichen, ihre Herausforderungen im Bereich Verteidigung und Sicherheit bis zum Jahr 2040 erfolgreich zu meistern.

Unter diesen Massnahmen seien «neue kybernetische Möglichkeiten zur Verbesserung des Schutzes der Informationsnetzwerke der neuseeländischen Armee sowie die Eisverstärkung der Patrouil-

lenschiffe und Kriegstanker, weil wir darauf aus sind, unsere Interessen in der Antarktis zu erweitern», so Brownlee.

Ausserdem will die Regierung in den Bau von Schiffen für küstennahe Gefechtsführung, die Verbesserung der Luftraumüberwachung in der Heimat und in Übersee, die Entwicklung von Systemen zur Cyber-Sicherheit von Verteidigungsnetzwerken, Plattformen und einzelnen Menschen sowie in den Ausbau des Aufklärungspersonals investieren.

Das vorangegangene Weissbuch war 2010 erschienen, die veränderte internationale Lage erforderte aber die Ausarbeitung einer neuen Version. Bis 2030 sollen die Verteidigungsausgaben ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen.

Kolumbien



Anti-Farc-Demo.

Flick Bild von xmascarol

Friedensabkommen zwischen Regierung und Guerilla

Etwa ein Achtel Kolumbiens ist noch in der Hand der Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Farc). Die marxistisch-inspirierte Guerilla steht seit den 1960er Jahren im Bürgerkrieg gegen die offizielle Regierung des Landes. Im Juni 2016 wurden Waffenstillstand und Friede vereinbart. Um den historischen Moment zu markieren, reisten viele Staatsoberhäupter und auch der UN-Generalsekretär zur offiziellen Zeremonie an.

Nach dreieinhalb Jahren Verhandlungen soll der Friedensvertrag zwischen den Konfliktparteien so schnell wie möglich unter Dach und Fach gebracht werden. Der bilaterale und definitive Waffenstillstand und die darin implizierte Entwaffnung und Demobilisierung der Guerilla sind für die Befriedung ganz Südamerikas wichtig. Doch das letzte Wort hat das kolumbianische Volk, das über dieses Abkommen abstimmen muss.

Um die Farc zu entwaffnen, soll die bis zu 7000 Kämpfer zählende Guerilla in 23 sogenannten Übergangszonen und 8 Camps konzentriert werden. Dort findet die Wiederein-

gliederung der Kämpfer statt. Die Entwaffnung soll innert maximal 180 Tagen nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags abgeschlossen sein. Sie wird unter der Aufsicht der beiden Konfliktparteien sowie der UNO stattfinden, welche die Waffen konfiszieren wird.

Auch der Kampf gegen kriminelle Organisationen, die sich das entstehende Vakuum in den einst durch die Farc kontrollierten Regionen zunutze machen wollen, darf nicht ausser Acht gelassen werden. Sie könnten den Prozess und damit den Frieden gefährden.

Lokale Sicherheitsexperten sind überwiegend optimistisch, dass die Umsetzung des Abkommens gelingen sollte. Einige Zweifel bestehen trotzdem: Es ist nicht sicher, ob es nicht zu Bildung von Farc-Splittergruppen kommt, welche weiterhin kämpfen wollen. Ebenfalls möglich ist, dass solche Splittergruppen von Venezuela oder von kriminellen Vereinigungen finanziert werden. Zudem besteht die Chance, dass das kolumbianische Volk sich gegen den Waffenstillstand und für eine härtere Gangart mit der Farc prononciert.

*Pascal Kohler,
Henrique Schneider*